

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Altstadt
Vertriebsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2
Postfachnummer 17968 • Postfachkonto: 2101
Dresden Nummer 13668, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostfachsen)

Schriftleitung: Dresden-V. Ollerbahnstr. 2
Korrespondent: Amt Dresden Pumas 17/18 • Fraktionsmitglied
„Arbeiterstimme“ Dresden • Sprachführer der Schriftleitung:
Wochentags nachmittags von 2-3 Uhr (außer Sonnabende)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen
Dresden
Freitag, 22. Januar 1926
Nr. 18

Auf dem Wege zur Einheitsfront!

Die KPD. an den Parteiauschuß der SPD.

Der Brief des Kommunistischen Partei an den Parteiauschuß der SPD. über den wir bereits berichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Der Brief des Kommunistischen Partei an den Parteiauschuß der SPD. über den wir bereits berichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Der Brief des Kommunistischen Partei an den Parteiauschuß der SPD. über den wir bereits berichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Der Brief des Kommunistischen Partei an den Parteiauschuß der SPD. über den wir bereits berichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Der Brief des Kommunistischen Partei an den Parteiauschuß der SPD. über den wir bereits berichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Der Brief des Kommunistischen Partei an den Parteiauschuß der SPD. über den wir bereits berichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Der Brief des Kommunistischen Partei an den Parteiauschuß der SPD. über den wir bereits berichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Der Brief des Kommunistischen Partei an den Parteiauschuß der SPD. über den wir bereits berichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Wir schließen uns vollinhaltlich diesen Schlussfolgerungen Dörmanns an. Auch hierüber ermahnen wir eine schnelle, präzise und unmissverständliche Antwort.

Drittens machen wir den sozialdemokratischen Parteiauschuß darauf aufmerksam, daß jetzt die denkbar günstigste Situation gekommen ist, um die Reichsvereinstimmungen im Deutschen Reichstag wesentlich zu ändern. Durch ihre Zoll- und Steuerpolitik, durch den Anwerbsbeitrag und Kleinstwucher und durch ihre Absicht, den Führern in der Zeit der tiefsten Not des Volkes ungeheuren Reichtümern in den Rücken zu stoßen, haben sich die Gewerkschafter und die Industriellen und Bankiers, die insbesondere in der Deutschen Nationalen und Deutschen Volkspartei ihre Vertretung finden, vor den Massen ihrer Anhänger gründlich entlarvt. Millionen proletarischer und Kleinbürgerlicher Wähler dieser Parteien sind bereit, sich von ihnen loszusagen und in den Lager der Arbeiterklasse abzuwandern. Dieser Zeitpunkt muß ausgenutzt werden, um eine andere Zusammensetzung des Reichstages herbeizuführen. Es ist die Pflicht jeder Partei, die vordringlich den Arbeiterklasse zu dienen, solche Schwäche des Gegners auszunutzen und ihm eine Niederlage zu bereiten. Wir erwarten denn, daß sich der sozialdemokratische Parteiauschuß bereit erklärt, mit uns die Ausführung dieses Reichstages und die Wahl eines anderen zu ermöglichen.

Die Kommunistische Partei veranstaltet am 27. Januar, dem Geburtstag des Hauptes der künftigen Erntereifer, im ganzen Reich Demonstrationen für die entschuldigungslose Entzignung und für den Kampf gegen den Klassenfeind. Wie oft merkelte vor dem Kriege die Arbeiterklasse auf die Straße, um ihren Forderungen wirksamen Nachdruck zu verleihen. Wir fordern auch auf, gemeinsam mit der KPD, diese Demonstration zu einem einheitlichen, ungeheuren, beispiellosen Massenansturm zu gestalten. Der gemeinsame Aktion der KPD. und der SPD. und des ADGB. wird es gelingen, die Führer zu schlagen und das Elend der Arbeiterklasse zu mildern.

Die Lage ist ernst. Die proletarischen Massen erwarten mit Recht Taten. Von leeren Worten haben sie genug. Sie werden es nicht verstehen, wenn durch eine Kleinliche und angestimmte Politik weiter eine gemeinsame Aktion der geistigen arbeitenden Klasse gegen die Klassenfeinde verhindert wird. Wir erwarten, daß ihr den Ernst der Situation genügend klar erkannt und uns und das Proletariat nicht lange auf klare und unmissverständliche Antwort warten läßt.

Zentralkomitee der KPD.
J. K. Graf Thömann

Die Antwort des ADGB.

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der ADGB. laudte gestern an das Zentral-Komitee der KPD. folgendes Schreiben:

Berlin, 21. Jan. 1926.

In die Zentrale der KPD., Berlin E.
In seiner Sitzung vom 20. d. M. hat der Vorstand des ADGB. beschlossen, sich an die Vorstände der SPD. und KPD. zu wenden, um in gemeinsamer Sitzung eine einheitliche Grundlage für den Volksentscheid für die Kürzenabfindung zu schaffen. Zu dieser Vermittlerrolle hat sich unser Vorstand schon bereit erklärt, so bald ein entsprechender Beschluß der SPD. vorliegt. Daß der Vorstand der SPD. einer solchen Einladung folgen wird, hat nach dem Beschluß des Parteivorstandes vom 19. d. M. außer Frage. Aus dem Artikel der „Roten Fahne“ vom 20. d. M. „Der ADGB. hat das Wort“, ziehen wir den Schluß, daß auch die Zentrale der KPD. die Einladung nicht ablehnen wird. Wir beabsichtigen, die Sitzung in aller kürzester Zeit einzuberufen, bitten aber, uns vorher mitzuteilen, ob Sie daran teilzunehmen bereit sind. In diesem Falle bitten wir weiter, uns den von Ihnen ausgearbeiteten Gegenentwurf zuzuleiten.

Mit Gruß
Der Vorstand des ADGB.
Hermann Müller.

Die KPD. hat sich bereits vor Wochen an die SPD., den ADGB., das Reichsbanner und viele andere Organisationen gewendet, um eine einheitliche Aktion zu erzielen. Damals wurde unter Schrift von der SPD. als ein einheitliches „Entlassungsmandat“ bezeichnet. Die größten Schwierigkeiten wurden an die Wand gemalt, um den Arbeitern die Ablehnung erklärlich zu machen. Als alles nichts half, rief die SPD. den ADGB. als Vermittler an. Als Resultat des energischen Kampfes unserer Partei, der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten gilt dieser Brief, der zu den Verhandlungen einlädt.

Die Kommunistische Partei wird in der Durchführung einer gemeinsamen Aktion verhandeln. Sie weiß, daß sie die Unterstützung aller Werkstätten finden wird in der Lösung: „Keinen Pfennig den Kürzen!“

Die KPD. wird jeden Versuch, die von uns eingeleitete Aktion für entschuldigungslose Entzignung der Kürzenhäuser umzubiegen in eine Aktion für die Gewährung von Jahresrenten oder anderen „Entschuldigungen“ beantwortet mit der sofortigen Durchführung eines Volksentscheides.

Wir hoffen, daß in einigen Stunden vollständig eingetragene Einigung erzielt ist über den Wortlaut des einzureichenden gemeinsamen Gegenentwurfes, der entschuldigungslose Entzignung ohne Zweideutigkeiten enthalten muß.

Dr. Reinholds Schwanengefang

In der getriggen Sitzung des Landtages hielt der Finanzminister Dr. Reinhold seine letzte Entrede. Wir lassen hier die wesentlichen Teile seiner Ausführungen folgen. Zu der Rede werden wir besonders Stellung nehmen.

Die Wirtschaftskrise

Nachdem wir Ende 1923 durch das kühnste Experiment die Stabilisierung unserer Währung erreicht hatten, mußten wir zunächst durch die sogenannte Deflationstheorie hindurch. Diese Krise, die die scheinbare Fichtenskonjunktur der Inflationszeit ablöste, war in erster Linie eine Produktionskrise, die gerade über Sachsen ganz besonders schwer hereinbrach, wo wir am 1. Januar 1924 272 000 unterstützungsberechtigte Erwerbslose hatten, zu denen noch 256 000 Zuschlagempfangener kamen, so daß, wenn man die übrigen Rentens- und Unterstützungsempfänger einschließt, damals rund ein Viertel unserer gesamten Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurde. Das Jahr 1924 öffentlichten Mitteln unterstützt wurde. Das Jahr 1924 brachte dann eine langsame, aber stetige Besserung. Das war die gestiegene innere Konsumkraft durch die langsam sich hebende Gehälter und Löhne, zum Teil auch durch den Mehrverdienst infolge der wieder eingeführten Arbeitslosen- und der verlängerten Arbeitszeit. Aber schon in meiner Entrede im März 1925 erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß es in höchstem Maße leichtfertig und oberflächlich sei, wenn man auf Grund der Ergebnisse des Jahres 1924 die deutsche Wirtschaft für launisch halten und die Kunden vor einigen recht bedenklichen Tatsachen verblüffen würde, wobei ich damals vor allem auf unsere Beziehung zur Weltwirtschaft und auf unsere bedenklich positive Handelsbilanz hinwies. Leider haben sich die damals ausgedehnten Befürchtungen erfüllt. Nach Überwindung gesprochenen Deflationstheorie sind wir nach einer verhältnismäßig kurzen Spanne erträglicher Wirtschaftsverhältnisse in eine tiefe und Kreditkrise gekommen, die zu ernsthaften Sorgen Anlaß gibt.

Das kommt die schwierige Lage der Landwirtschaft, die trotz der guten Ernte des vergangenen Jahres in stetig

gen Gegenden Wüsten hatte. So ist die Landwirtschaft in eine Verfallung gekommen, die bei der Höhe des augenblicklichen Zinsfußes in Deutschland sehr bedenklich erscheint.

In mindestens demselben Maße trifft die Kreditkrise die Industrie. Der Hauptgrund dieser Geldkrise, die in Deutschland in den letzten Wochen ja zu einer Art Weltwirtschaftskrise ausartete, von der im übrigen aber nicht nur in Deutschland, sondern bis zu einem gewissen Grade alle europäischen Staaten betroffen worden sind, liegt in der ungewöhnlich starken Verzerrung unseres Volkswirtschaft und unserer Wirtschaft durch die Zerstörung lebendiger und toter Werte in den Kriegsjahren.

Steuermäßigung für den Heilig

Es muß zugegeben werden, daß die zu starken Steuererhebungen im Reich, Ländern und Gemeinden zur Verschärfung der Krise wesentlich beigetragen haben. Daß in der Zeit, als die Erhaltung einer stabilen Währung die vornehmste Aufgabe der Regierung war, hinter der alle anderen zurücktreten mußten, eine Steuerpolitik berechtigt und nötig war, die zur Erreichung des Zweckes der Wahrungserhaltung die schwersten Opfer von allen Kreisen forderte, wird niemand verneinen. Aber daß, nachdem die öffentlichen Kassen aufgefüllt waren und die Währung nicht mehr gefährdet war, die zu starke Steuererhebung zum Teil weitergeführt wurde, rächt sich schwer. Es muß deshalb unbedingt auf dem Wege, den Sachsen mit der Senkung der Realsteuern und das Reich vor allem mit der Senkung der Umsatzsteuer begonnen hat, soweit die öffentlichen Finanzen es irgendwie zulassen, fortgeführt werden. Daß bei dieser largen Lage unerer Wirtschaft auch die Lage unerer Staatsfinanzen außerordentlich ernst ist, ist eine Selbstverständlichkeit.

Aber während bis in den Herbst hinein Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats noch im Einklang standen, ist in den letzten Wochen bei steigenden Ausgaben — insbesondere durch die seit dem Januar notwendig gewordenen Staatszuschüsse zu der Erwerbslosenfürsorge — ein